**Tanja Busse**

**Kommentar für Politikum am 26.9. 2013**

**zur Einigung zwischen Agrarministerrat und EU-Parlament über die EU-Agrarpolitik**

**Vorschlag für die Anmoderation:**

Jahrelang wurde in Brüssel und Strassburg und in den europäischen Hauptstädten verhandelt - über die Reform der europäischen Agrarpolitik und über die Frage: Wer bekommt wie viel - und wofür! - von den rund 375 Milliarden Euro aus dem europäischen Agrarhaushalt. Das Zauberwort des EU-Kommissars Ciolos war dabei die Kappung von Zahlungen für Großbetriebe und das Greening, die Begrünung: Geld gegen Umweltleistung.

In der Nacht auf Mittwoch haben sich Vertreter der EU-Staaten, der Kommission und das Parlament nun geeinigt: dass beide Forderungen ziemlich aufgeweicht werden und die Zahlungen für die Großbetriebe nur minimal gekürzt werden. "Sieg für die Großbauern", so titelten heute die Tageszeitung die taz. Doch welche Auswirkungen wird die neue EU-Agrarpolitik auf die Umwelt haben?

Tanja Busse kommentiert.

**Manuskript:**

Es sollten blühende Landschaften werden, ganz unironisch. Das war die ursprüngliche Idee des rumänischen EU-Kommissars (dadschian dschiolosch) Dacian Ciolos. Einer seiner Vorschläge: Jeder Landwirt muss auf sieben Prozent seiner Fläche sogenannte ökologische Vorrangflächen ausweisen. Blühstreifen für Insekten zum Beispiel, artenreiches Grünland, Gewässerrandstreifen, Büsche, Hecken, Streuobstwiesen. Das klingt nach putziger Öko-Idylle, ist aber knallharter Ressourcenschutz: Diese Flächen sollten verhindern, dass Ökosysteme zusammenbrechen, Wildtiere und Pflanzenarten aussterben.

Der Deutsche Bauernverband, bekannt als starker Lobby ist für die Großagrarier, hat von Anfang an dagegen gewettert - und er hat sich durchgesetzt. Aus sieben wurden fünf Prozent und es gibt ganz viele Ausnahmen: Zum Beispiel: Wer auf einen Teil seiner Subventionen verzichtet, braucht gar keine Öko-Flächen auszuweisen. Oder er kann stattdessen Sojabohnen anbauen und sie möglicherweise sogar mit Pestiziden behandeln.

Grüne und Bio-Verbände beklagten gestern, dass diese Frage im Entwurf nicht klar geregelt sei. Für Martin Häusling, den agrarpolitischen Sprecher der Grünen im Europa-Parlament ist das auch eine Frage der Glaubwürdigkeit. Mit der Giftspritze über den Acker fahren - und dafür Subventionen für Umweltschutz einstreichen? Das sollte sich die EU nicht erlauben.

Es gab noch eine weitere Idee für mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft, die verwässert wurde: Die EU sollte mehr Geld für besondere Umweltprogramme zur Verfügung stellen, für mehr Vielfalt auf dem Acker zum Beispiel oder für Biolandwirtschaft, und weniger für die direkten Zahlungen an die Landwirte. Dahinter steht die einfache Idee: Die Landwirte sollten Geld nicht einfach nur so kassieren, weil sie Land bewirtschaften und dabei die Gesetze einhalten, sondern weil sie eine spezielle Umweltleistung erbringen und deshalb auf Erträge verzichten.

Doch um diese Geldverschiebung gab es ein riesiges Gerangel - und keine Einigung in Brüssel. Der Entwurf sieht nun vor, dass jedes Land selbst regeln soll, ob und wie es einen Teil der Agrarsubventionen umverteilt.

Doch was bleibt dann von der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik? Europas Landwirte produzieren für einen gemeinsamen Markt, aber zu ziemlich unterschiedlichen Bedingungen. Einigen Ländern ist es sogar gelungen, ihre historischen Ansprüche auf Subventionen bis 2020 zu erhalten, auch wenn die Landwirte nach der aktuellen Situation auf ihrem Hof gar keinen Anspruch mehr hätten, zum Beispiel weil sie ihr Vieh längst abgeschafft haben.

Die vielen Ausnahmen und Sonderwege schwächen die europäische Agrarpolitik und die EU. Warum, können sich die Europäer fragen, sollen wir unsere Landwirtschaft mit Milliardenbeträgen unterstützen, wenn trotzdem die kleinen Bauernhöfe weiter sterben, wenn sich die europäischen Kulturlandschaften in Maismonokulturen verwandeln, wenn Vögel und Bienen sterben und es immer wieder Lebensmittelskandale gibt - wozu dann die ganze milliardenschwere Geldverteilung?

Grüne Landschaften und viele sichere Arbeitsplätze im ländlichen Raum, das wäre ein Ziel gewesen für Europa in der Finanzkrise. Leider verfehlt.